

neuköllnisch

Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

Sommer 2026

Unser
Anwalt
für
Neukölln

Ahmed Abed: Der Mann, vor dem Friedrich Merz warnt

Seite 04

**Gemeinsam gegen
Mietenwahnsinn!**

Seite 07

**Berlin als
Rüstungszentrum**

Seite 15

**Gropiusstadt —
Hard Knock Life**

Die Linke

Neukölln

Neukölln:

Immer gemeinsam.

- 02 **Neukölln: Immer gemeinsam.**
- 04 **Gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn**
- 06 **Bezahlbares Leben statt Panzer und Raketen**
- 07 **Berlin als Rüstungszentrum**
- 08 **Streik bei Vivantes**
- 09 **Sozialsprechstunde**
- 10 **Merz' Kürzungspolitik**
- 11 **Bildung für alle!**
- 12 **Ahmed Abed: Ein Bürgermeister für alle**
- 14 **Termine**
- 15 **Alltagsprobleme in Gropiusstadt**
- 16 **Palästina-Solidarität**
- 17 **Gewalt gegen Frauen**
- 18 **Widersetzen-Demo: AfD-Parteitag blockieren!**
- 19 **Neukölln zwischen rechter Gewalt und politischer Instrumentalisierung**

Liebe Neuköllner*innen,

Berlin ist unsere Stadt. Aber sie wird immer teurer und das Zusammenleben ist bedroht. Der Kai-Wegner-Senat verscherbelt die Stadt an Immobilienspekulanten und kürzt die öffentliche Daseinsvorsorge zusammen. Kultur, Bildung, Jugendarbeit, Soziales – überall werden die Gelder gestrichen. Schulen und Sportstätten verrotten, während die schwarz-rote Regierung nichts Besseres zu tun hat als die Polizei aufzurüsten, Migrant*innen zu beschimpfen oder Zäune zu bauen.

Die Militarisierung der Gesellschaft und das Erstarken der Rechten werden immer spürbarer. Auch in Berlin steht die AfD im Moment bei 18 Prozent. Ihre menschenfeindliche und unsoziale Politik ist eine Gefahr für uns alle. Die Berlin-Wahlen am 20. September 2026 sind ein entscheidender Moment, um die Kräfte gegen Rassismus und Rechtsruck zu bündeln und vereint für eine soziale und solidarische Stadt zu kämpfen.

Dieser Kampf geht für uns von Neukölln aus – einem der lebendigsten, warmherzigsten und internationalsten Bezirke in Berlin. Hier leben die Gemeinschaftlichkeit und der Widerstand gegen die Zumutungen des kapitalistischen Alltags. Aber die Kürzungspolitik trifft Neukölln hart. Jedes dritte Neuköllner Kind lebt in Armut, die meisten Neuköllner*innen arbeiten viel und verdienen

wenig. Die Mieten sind hier in den letzten Jahren besonders stark angestiegen. Das bringt Familien, prekär Arbeitende oder Studierende in permanente existentielle Not.

Aus dem Neuköllner Rathaus gibt es wenig Hilfe. Der SPD-Bezirksbürgermeister Hikel verteidigt die massiven Einsparungen im Bezirk. Auch in Neukölln wird zwielichtigen Unternehmern der rote Teppich ausgerollt, wie zum Beispiel René Benko, der Beschäftigte bei Karstadt entließ und gleichzeitig mit einem ökologisch schädlichen und unsozialen Abriss- und Neubauprojekt am Hermannplatz Profit machen wollte. SPD und CDU machen Druck für die Bebauung des Tempelhofer Felds. Wenn es nach ihnen geht, soll die größte Freifläche im Bezirk entgegen der demokratischen Entscheidung der Berliner*innen zur Spielwiese für private Investoren werden. Auf soziale Probleme

haben sie nur eine Antwort: mehr Polizei. Gerade in Neukölln bedeutet die ständige Polizeipräsenz in den Kiezen für die meisten aber nicht mehr Sicherheit, sondern eine Einschränkung ihrer Freiheit: zum Beispiel, weil Polizeibeamt*innen gewaltvoll gegen palästinasolidarische Protestierende vorgehen oder Jugendliche rassistischen Kontrollen unterwerfen.

Der Politik des Rassismus und des Ausverkaufs machen wir als Linke eine Kampfansage. Unsere Stadträtin Sarah Nagel stellte sich sowohl gegen die diskriminierende Praxis von Razzien in Shishabars und migrantischen Gewerben als auch gegen die Kürzungen im Jugendbereich. Unser Bürgermeisterkandidat Ahmed Abed ist Anwalt für die sozialen Rechte aller Neuköllner*innen und eine laute Stimme gegen Krieg und Genozid. Unser Bundestagsabgeordneter

Ferat Koçak verkörpert wie kein anderer ein vielsprachiges und antifaschistisches Neukölln, in dem Platz für uns alle ist. Schließ dich uns an! Gemeinsam können wir zeigen, dass ein anderes Neukölln möglich ist – eines, in dem wir uns die Miete leisten können, in dem soziale Angebote nicht gekürzt, sondern ausgebaut werden und in dem das Tempelhofer Feld frei bleibt. Eines, in dem Karstadt zum sozialen Zentrum umfunktioniert wird, Kiezkantinen uns mit preiswertem, gesunden Essen versorgen und öffentlicher Nahverkehr alle Teile des Bezirks erreicht. Eines, in dem niemand behördlicher Schikane oder rassistischer Ausgrenzung ausgesetzt ist.

**Niemals allein,
immer gemeinsam!**

Jorinde Schulz & Hermann Nehls

WUCHERMIETEN SENKEN IST MÖGLICH

Die Mieten explodieren und werden zu wenig begrenzt. Aber: Es gibt ein Mittel, Wuchermieten zu senken. Das Wohnungsamt kann ein Bußgeld gegen deinen Vermieter verhängen um die Absenkung der Miete durchzusetzen.

Zahlst Du eine Wuchermiete?

Check es mit dem Mietwucher-Rechner und wehr Dich!



Gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn!

Vor fünf Jahren stimmten die Berliner*innen für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne. Seitdem verhindern CDU und SPD die Umsetzung. Zeit, das zu ändern!

Warum sollte man Vonovia eigentlich NICHT enteignen? Diese Frage stellte ein Mieter bei einer Versammlung der Vonovia-Mieter*innen. „Sie baut keine Wohnungen, bricht alle ihre Versprechen, verschickt absichtlich illegale Mieterhöhungen – wozu brauchen wir sie in dieser Stadt?“

Seit dem demokratischen Volksentscheid, bei dem die Berliner*innen mit einer großen Mehrheit für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne stimmten, versucht der Berliner Senat

alles, um diesen Auftrag nicht umzusetzen. Es wurden Kommissionen eingerichtet, Gutachten in Auftrag gegeben, Experten eingeholt. Alle kamen zum gleichen Ergebnis: Eine Vergesellschaftung ist rechtlich möglich und finanzierbar. Warum also stellen sich CDU und SPD gegen den Willen der Bevölkerung?

Aufschluss gibt der Terminkalender des regierenden Bürgermeisters Kai Wegner (CDU). Seit dieser im Amt ist, hat er sich ganze 24 mal mit den Vertreter*innen der Immobilienlobby getroffen – und ganze zwei mal mit Mieter*innenorganisationen. Bei den anderen Senatsmitgliedern, egal ob von SPD oder CDU, sieht es nicht besser aus. Die CDU bekam vor der letzten Wahl die größte Einzelspende aller Parteien in der Geschichte Berlins: 800.000 Euro von

dem Immobilienspekulanten Groth. Kein Wunder, dass CDU und SPD als Schutzenschild der Mieten-Mafia agieren.

Vonovia, Heimstaden und andere Konzerne sind die Haupttreiber des Berliner Mietenwahnsinns. Durch ihre politische und finanzielle Macht können sie alle möglichen Hebel bedienen, um die Mieten nach oben zu treiben. Mieterhöhung, überhöhte Nebenkosten, Tricks bei der Umgehung von Mietpreisbremse und Mietspiegel: kaum eine Schweinerei, an der sie nicht beteiligt sind. Es ist höchste Zeit, den Willen der Berliner Bevölkerung umzusetzen und sie zu enteignen. Dafür braucht es Druck im Parlament und vor allem auf der Straße. Deshalb bei der Wahl am 20. September für die Linke stimmen und am 05. September gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn auf die Straße gehen!

ROUZBEH TAHERI

ist seit 15 Jahren mietenpolitisch aktiv. Er war Mitbegründer und Sprecher der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. Rouzbeh ist 52 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder. Er lebt in Neukölln und ist Spitzenkandidat der Bezirksliste der Linken Neukölln und Direktkandidat im Wahlkreis 3 Rixdorf, Britz, Kölnische Heide. Er möchte im Abgeordnetenhaus als Sprecher für Vergesellschaftung die Umsetzung des Volksentscheids vorantreiben.

DEMO GEGEN MIETENWAHSINN

Die Großdemonstration gegen den Mietenwahnsinn findet am **5. September 2026** statt. Weitere Infos unter: www.mietenwahnsinn.info



Wie wir die Mietmafia besiegen

Bei Heimstaden knallen die Sektorkorken: Der Wohnungskonzern hat allein letztes Jahr 600 Millionen Euro Gewinn gemacht, bezahlt von seinen Mieter*innen. Er ist unter anderem in Neukölln einer der Hauptschuldigen an den hohen Mieten.

Heimstaden verdient sein Geld fast von allein. Das Unternehmen nutzt die Wohnungsnot aus, erhöht die Mieten auf die maximal erlaubte Höhe – und oft darüber hinaus –, verlangt zu hohe Nebenkosten und nutzt auch sonst sämtliche Tricks, um die Mietpreisbremse zu umgehen und Mieten weit über dem Mietspiegel zu verlangen.

Deshalb hat die Arbeitsgruppe Kampagne der Linken Neukölln im April zu einer Heimstaden-Mieter*innenversammlung eingeladen. Viele Anwesende erzählten von ihrer hohen Miete, von schlechtem Management und schweren Mängeln in den Wohnungen. Sie berichteten von verbotenen Index-Mietverträgen und regelmäßigen Mieterhöhungen, die mit Modernisierungen begründet werden, die nie stattfinden. Heizungen werden monatelang nicht repariert, wiederholte Anfragen nicht beantwortet. Heimstaden musste nach einer Rüge für illegales Verhalten die Miete einer Anwesenden um 400 Euro pro Monat senken.

Die Versammlung hat gezeigt, dass Heimstaden versucht, mit allen erlaubten

und verbotenen Mitteln möglichst viel Geld aus seinen Mieter*innen rauszupressen. Das ist schrecklich, aber auch eine Chance: Mieter*innen können sich zusammenschließen und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

Die Arbeitsgruppe Kampagne der Linken Neukölln vernetzt Nachbar*innen und hilft ihnen, langfristig stabile Strukturen aufzubauen, um sich gegen Wohnungskonzerne zu wehren. Wenn auch du mithelfen willst, gegen die Mietmafia zu kämpfen, bist du herzlich eingeladen.

Melde dich dafür einfach mit einer E-Mail an die Kampagne: ag-kampagne@die-linke-neukoelln.de

Bezahlbares Leben statt Panzer & Raketen



VEDI EMDE

lernte als Tochter einer alleinerziehenden Arbeiter*in schon am Küchentisch, was Ausbeutung heißt. Als Aktivistin und Kulturschaffende verbindet sie queer-feministische, internationalistische und soziale Kämpfe. Sie steht für gemeinsamen Widerstand von unten statt leerer Politik-Versprechen — gegen Kürzungswahn konsequent an der Seite der Schüler*innen gegen Wehrpflicht, der streikenden Beschäftigten der Vivantes Töchter und der Palästina-Solidarität. Für eine Linke mit Rückgrat. Sie kandidiert im **Wahlkreis 1** (Sonnenallee, Reuter-, Harzer- und Wildenbruchkiez).

»Die alte Welt stirbt. Die neue kämpft darum geboren zu werden. Jetzt ist die Zeit der Monster.« So beschrieb Antonio Gramsci die Krise nach dem Ersten Weltkrieg — eine Zeit von Krieg, Armut und Widerstand. Auch die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026 findet in einer Zeit von Klimakatastrophe, sozialer Ungleichheit, imperialistischen Kriegen und autoritärem Umbau statt.

Wenn wir die AfD zurückdrängen wollen, müssen wir unsere Kämpfe gegen imperialistische Kriege, Genozid, Wehrpflicht und sozialen Kahl-schlag verbinden.

Während bei Sozialem, Bildung, Kultur und Gesundheit brutal gekürzt wird, fließen Milliarden in Aufrüstung und Militarisation. Rüstungskonzerne wie Rheinmetall fahren Rekordgewinne ein. Die Wehrpflicht soll zurückkehren — begleitet von einer Propagandaoffensive. Deutschland soll »kriegstüchtig« gemacht werden.

Doch Sicherheit bedeutet nicht mehr Waffen und Sozialabbau. Sondern bezahlbarer Wohnraum, Gesund-

heitsversorgung, Bildung, Schutz vor Altersarmut und ein Stopp aller Abschiebungen. Sicherheit hieße auch, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: Klimakatastrophe, koloniale Ausbeutung und Krieg.

Gleichzeitig wird auch im Inneren aufgerüstet: Polizeibefugnisse und Überwachung werden ausgebaut, staatliche Gewalt trifft besonders migrantische und arme Menschen. Repressionen werden verschärft gegen Schüler*innen im Protest gegen die

Wehrpflicht und massiv gegen die Palästina-Solidarität.

Doch es ist nicht nur die Zeit der Monster. Es ist auch die Zeit von Widerstand und Solidarität. Letztes Jahr gab es die größten antifaschistischen Massenproteste der Bundesrepublik, die größten Proteste gegen den Genozid in Palästina, zehntausende Schüler*innen organisieren sich gegen Militarisation. Viele Menschen sind stinksauer über die Politik von Merz, Klingbeil und Co. sowie die Arroganz einer politischen Klasse, die Politik für Reiche und Konzerne macht und damit zum Steigbügelhalter der AfD wird.

Wenn wir die AfD zurückdrängen wollen, müssen wir unsere Kämpfe gegen imperialistische Kriege, Genozid, Wehrpflicht und sozialen Kahl-schlag verbinden. Wir brauchen in Berlin keine leeren Politik-Versprechen, sondern eine starke Linke, die solidarischen Widerstand von unten organisiert, die den Status quo nicht verwaltet, sondern angreift — mit Herz, Mut und Rückgrat.

Berlin als Rüstungszentrum

Deutschland rüstet auf. Die Bundeswehr soll zur »stärksten konventionellen Armee Europas« und die Gesellschaft »kriegstüchtig« werden. Die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht übersetzt 50 Prozent des Bundeshaushaltes. Kein Wunder, dass wir uns den Sozialstaat »nicht mehr leisten können«.

Die Rüstungsindustrie hingegen boomt. Der derzeitige Senat will Berlin zu deren Zentrum machen und fördert aktiv den Aufbau eines »Defence Hub«. Auf dem ehemaligen Flughafen Tegel entsteht im Rahmen von Berlin »TXL — The Urban Tech Republic« ein zentrales Drohnenprojekt und Inno-

vationszentrum. In Berlin Mitte entwickelt das Start-up Stark Defence, an dem der rechte US-Milliardär und Trump-Freund Peter Thiel beteiligt ist, sogenannte Kamikazedrohnen, die bereits jetzt von der Bundeswehr beschafft werden. Im Wedding stellt der Rüstungskonzern Rheinmetall die Autoteileproduktion auf Rüstungsgüter um. Die Investitionsbank Berlin (IBB) unterstützt solche »innovativen« Unternehmen mit speziellen Förderprogrammen.

Insgesamt sind inzwischen rund 130 Unternehmen und Start-ups in Berlin und Umgebung Teil der Rüstungsbranche. Die Berlin, in der zwei Weltkriege geplant wurden, wird damit immer mehr zu einem Zentrum der Entwicklung todbringender Technologien und dadurch potenziell auch zur Zielscheibe

militärischer und anderer Angriffe. Das ist das Gegenteil von Sicherheit.

Parallel dazu nimmt die Militarisation des Alltags zu. Bundesweit finden jährlich 5.500 Schulbesuche von Bundeswehr-Jugendoffizieren statt und damit mehr als doppelt so viele wie noch vor vier Jahren. Geschulte Kommunikationsexpert*innen in Uniform überzeugen unsere Kinder davon, wie notwendig und normal Militär — sprich Dienen, Töten und Sterben — ist. Das ist das Gegenteil von Demokratie verteidigen. An einigen Berliner Schulen haben sich Lehrkräfte und Schülerschaften per Resolution dagegen ausgesprochen, Soldat*innen in den Unterricht zu lassen. Auch Die Linke kritisiert diese Besuche scharf. Diese Gegenwehr braucht politische Unterstützung!

WIR FORDERN:

Keine Rüstungsindustrie in Berlin!

Aufrüstung stoppen!

Keine Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und sozialen Infrastrukturen!

Stopp der Militarisation des Gesundheitswesens!

Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht!

Keine Bundeswehr an Schulen!

HERAUS ZU DEN AKTIONSTAGEN GEGEN RHEINMETALL IN BERLIN!

Ab Sommer 2026 will Rheinmetall im Wedding Artilleriegeschosse produzieren lassen. Gleichzeitig kürzt die Regierung massiv in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur, Mobilität und Klima und setzt arbeitende und erwerbslose Menschen stark unter Druck. Dieser Entwicklung wollen wir nicht tatenlos zuschauen, sondern unseren Widerstand auf die Straße tragen!

Samstag, 11. Juli, 14:00 Uhr: Großdemo und Konzert, S+U Gesundbrunnen
Gemeinsam stoppen wir Aufrüstung, Sozialkahl-schlag und Kriegspolitik!



Streik bei Vivantes, auch in Neukölln

Angestellte der Berliner Vivantes-Klinken streiken seit dem 15. April. Warum der Kampf weitergeht, erklärt Sengül, Servicekraft von Vivantes Neukölln, im neuköllnisch-Gespräch.

neuköllnisch: Warum streikt ihr?

Sengül: Wir wollen nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, TVöD, bezahlt werden und keinen Cent weniger.

nk: Die neun Vivantes-Krankenhäuser gehören dem Land Berlin. Seid ihr nicht im öffentlichen Dienst?

Sengül: Könnte man meinen, oder? Aber der Berliner Senat sieht das anders. Er hat bei Vivantes Reinigung, Gastronomie, Logistik und anderes in sogenannte »Tochtergesellschaften« ausgegliedert.

nk: Wozu das?

Sengül: Wir arbeiten weiter ausschließlich für Vivantes, also ausschließlich für den Staat. Die Tochtergesellschaften sind nur formell unabhängig und der einzige Grund ist: Dadurch können sie uns weniger bezahlen. Aber damit ist jetzt Schluss.

nk: Manche Kolleg*innen arbeiten aber für die »Muttergesellschaft« Vivantes.

Sengül: Richtig. Wir von den »Töchtern«

machen dieselbe Arbeit, kriegen aber weniger bezahlt. Bekommen dadurch später weniger Rente und zusätzlich weniger betriebliche Altersvorsorge. Reinigungskräfte müssen aber zum Beispiel auch in derselben Zeit größere Flächen sauber kriegen.

nk: Klingt wie ein schlechter Witz.

Sengül: Ja. Wir haben uns lange gefragt, ob wir darüber lachen oder weinen sollen. Aber es gibt eine dritte Möglichkeit. Wir streiken.

nk: Wie habt ihr die Beschäftigten für den Streik gewonnen?

Sengül: Entscheidend ist, dass wir schon 2021 gestreikt und gelernt haben, dass wir damit etwas erreichen können. Viele lassen sich auch für den Streik gewinnen, wenn man ihnen die großen Unterschiede zum TVöD aufzeigt: 250 statt 105 Euro für Arbeit in Wechselschicht. Doppelt so hohe Schichtzulage und anderes.

nk: Wie viele streiken mit?

Sengül: Von 2200 Beschäftigten beteiligen sich 500. Das ist gut ...

nk: ... könnte aber noch besser sein?

Sengül: Natürlich. Wir wollen mehr Mitglieder für ver.di gewinnen, da ist noch Luft nach oben. Wir sehen auch, dass manche Angst vor ihren Vorgesetzten haben oder hoffen, dass wir erfolgreich sind, ohne dass sie mitmachen.

BETÜL HAVVA YILMAZ

ist in der Türkei aufgewachsen. Aufgrund ihres politischen Engagements migrierte sie im Jahr 2017 als politisch Verfolgte nach Deutschland. Sie lebt in Neukölln, organisierte Haus-türgespräche auf Türkisch und arbeitete in der AG Kampagne zum Thema Wohnen. Sie unterstützte zahlreiche Arbeitskämpfe, darunter die Streiks bei CFM und aktuell bei Vivantes, bei denen sich die Beschäftigten für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Betül ist 39 Jahre alt, Kandidatin für das AGH auf **Listenplatz 3** und möchte die Stimme der Kolleg:innen im AGH sein.

nk: Wurdet ihr unterstützt?

Ja, vor allem natürlich von ver.di. Ohne Gewerkschaft kein Streik. Aber auch von Parteien. Mitglieder der Linken waren öfter bei uns und haben gesammelte Spendengelder gebracht. Betül, die Kandidatin der Linken Neukölln für die Abgeordnetenhauswahl, hat uns mehrfach besucht. Auch »Klasse gegen Klasse« unterstützt uns und die türkische Organisation TIP. Auch von Patient*innen haben wir viel Zuspruch erhalten.

nk: Wie kann die Linke euch weiterhelfen?

Macht unseren Streik bekannt. Die Medien berichten wenig und selbst ver.di-Mitglieder aus anderen Krankenhäusern wissen oft nicht mal, dass wir streiken. Außerdem kann die Linke unsere Forderungen politisch unterstützen. Vivantes gehört dem Land Berlin. Also nutzt den Wahlkampf und macht Druck auf die Geschäftsführung. Damit wir endlich auch mit einem ordentlichen Tarifvertrag arbeiten können.

nk: Sengül, ich danke dir für das Gespräch.

Sengül ist Mitglied von ver.di und der ver.di-Tarifkommission, die mit Vivantes verhandelt. Die Fragen stellte Hermann Nehls.



ÜBER DIE AUSEINANDERSETZUNG VIVANTES

Vivantes gehört zu 100 Prozent dem Land Berlin und betreibt in der Stadt 16 Pflegeheime und neun Krankenhäuser, darunter das Klinikum Neukölln im Ortsteil Buckow. Der Berliner Senat setzt die Geschäftsführung ein und ist damit verantwortlich für Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Angestellten.

Ab 2002 hat der Senat mehrere nicht-medizinische Bereiche von Vivantes in sogenannte »Tochtergesellschaften« ausgegliedert, zum Beispiel Reinigung, Küche und Wäscherei. Die Tochtergesellschaften sind weiter 100 Prozent Teil von Vivantes. Einziger Unterschied: Für sie gilt nicht der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Dadurch sind Bezahlung und Arbeitsbedingungen schlechter als für alle anderen Vivantes-Angestellten.

Dabei sind die Unterschiede groß. Laut der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di verdient eine Reinigungskraft, die direkt bei Vivantes angestellt ist, in Vollzeit etwa 3300 Euro brutto pro Monat. Eine Angestellte der Tochterunternehmen bekommt für dieselbe Arbeit nur 2700.

Die Beschäftigten der Tochtergesellschaften haben bereits 2021 dafür gestreikt, dass der TVöD auch für sie gilt, und einen Teilerfolg erreicht. CDU und SPD haben 2023 in ihren Koalitionsvertrag für den jetzigen Berliner Senat geschrieben, dass alle Tochtergesellschaften wieder in Vivantes eingegliedert werden und der TVöD für alle gelten soll. Passiert ist jedoch nichts. Deshalb streiken die Kolleg*innen seit 15. April erneut für dieses wichtige Ziel.

Sozial-sprech-stunde

Die Linke hilft: Hast du ein Problem? Komm vorbei!

Die Linke Neukölln unterstützt bei alltäglichen und besonderen Herausforderungen: ob mit der Vermietung, den Ämtern, dem Jobcenter oder Post von der Bundeswehr, ob beim Ausfüllen von Wohngeldanträgen, beim Prüfen von Bürgergeld-bescheiden oder bei der Vereinbarung von Ratenzahlungen. In unserer offenen Sozial-sprechstunde geben wir eine erste Orientierung in herausfordernden Situationen. Und wenn es gar nicht anders geht, übernehmen unsere Abgeordneten aus ihren Bezügen auch mal eine Rechnung. Sollten wir dir in der Sozialsprechstunde nicht weiterhelfen können, dann können wir dich für eine kostenlose Erstberatung an Anwält*innen für Miet-, Sozial- und Strafrecht weitervermitteln. Die Sozialsprechstunde findet statt:

Jeden Mittwoch 16:00 bis 18:00 Uhr
in unserem Ladenlokal
→ Wipperstraße 6, 12055 Berlin

Jeden Freitag mit Team Ferat Koçak (MdB) 15:00 bis 17:00 Uhr
im linx*44
→ Schierker Straße 26, 12051 Berlin

Komm gerne einfach vorbei oder schreib uns vorher eine E-Mail an: beratung@die-linke-neukoelln.de

Es reicht!

Merz‘ Kettensäge den Saft abdrehen!

Der Alltag in Berlin funktioniert jetzt schon nicht mehr, doch die Bundesregierung droht mit massiven Kürzungen. Noch können wir sie aufhalten.

Am Hermannplatz wechselt die Anzeige der U7 seit einer Viertelstunde zwischen »1 Minute« und »Zugverspätung«. Der Bahnsteig füllt sich, mittendrin eine Grundschulklasse. Die sollte eigentlich schon im Hallenbad sein, gleich beginnt der Schwimmunterricht. Stattdessen müssen die Lehrer*innen aufpassen, dass kein Kind unterwegs zum Bad in der Menge verloren geht. Bis 2025 wurden Schulklassen mit Bussen ins Schwimmbad gefahren, doch das Geld wurde gestrichen. Durch die Anfahrt ist jetzt kaum zum Schwimmenlernen.

In Berlin wurden im Jahr 2026 flächendeckend Gelder gestrichen, gleichzeitig

bleiben notwendige Investitionen aus. Es gibt deutlich weniger Mittel für Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Frauenprojekte, Suchtprävention, Kultur, Grünpflege. Für die Reinigung von Schulen und Krankenhäusern werden weiter Armutslöhne gezahlt, überall mangelt es an Personal. Die Schulgebäude und Universitäten sind marode, es gibt zu wenig Schwimmbäder und der BVG fehlen Fahrzeuge und Fahrer*innen.

Kai Wegners Berlin funktioniert immer weniger. Gleichzeitig verschwendet der schwarz-rote Senat lieber Millionen für Schaufensterprojekte wie die Olympia-Bewerbung oder den Zaun um den Görlizer Park, und die CDU verteilt staatliche Fördergelder an ihre Kumpels. Klar ist: Das Geld wird falsch verteilt. Es müssen Maßnahmen finanziert werden, die den Alltag der Menschen erleichtern.

Aber die Möglichkeiten sind begrenzt: Die Bundesregierung lässt die Kommunen ausbluten. Während die Aufrüstung immer weitere Milliarden verschlingt, wird die

öffentliche Daseinsvorsorge zusammengestrichen. Eine Millionärssteuer könnte viele notwendige Aufgaben finanzieren, aber Kanzler Merz setzt die Kettensäge stattdessen lieber an den Sozialstaat: mehr arbeiten, weniger Rente, gefährliche Kürzungen im Gesundheitswesen und krasse Einschnitte bei Integration, Kindern und Kultur.

Diese Kürzungen bedeuten enorme zusätzliche Belastungen für die meisten Menschen, für viele geht es an die Existenz. Aber noch können wir die Regierung stoppen. Im ganzen Land haben sich Bündnisse gegen die Kürzungspläne gebildet, sie fordern mehr Investitionen in den Sozialstaat. Auch in Berlin gehen wir gemeinsam gegen die Kettensägenpolitik der Merz-Agenda 2030 auf die Straße!

Informiere Dich bei der Linken Neukölln, folge uns bei Insta & Telegram, mach mit!

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe Sommer 2026

Neuköllnisch wird herausgegeben von Die Linke Neukölln
Auflage der Ausgabe: 3.500
V.i.S.d.P.: Hermann Nehls
Redaktion: Carla Assmann, Kim Gredel, Hans Krause, Lena Mändlen, Hermann Nehls, Matthias Röthig, Jorinde Schulz, Moritz Wittler
Gestaltung: Kristina Wedel; Foto Cover & S. 12: Bruno Derksen; Foto Rückseite: Anjo;
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin
Tel/Fax: (030) 613 59 19, E-Mail: info@die-linke-neukoelln.de

Redaktionsschluss: 28. Mai 2026
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.
Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.

Keine Frage des Geldbeutels:

Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung!



PHILIPP DEHNE

Immer mehr Lehrkräfte fehlen an den Schulen, Schulgebäude zerfallen und Kitas geraten unter Druck. Gleichzeitig beschließen CDU und SPD immer neue Kürzungen bei der Bildung. Besonders in Neukölln spüren Kinder, Eltern und Beschäftigte die Folgen jeden Tag.

Gute Bildung fängt schon in der Kita an. Doch viele Erzieher*innen beschreiben ihre Arbeit inzwischen als »Aufbewahrung statt Förderung«. Sie wollen ihre Arbeit gut machen und allen Kindern gerecht werden, doch dafür braucht es mehr Personal. Das Gute ist: Durch den Geburtenrückgang haben wir jetzt eine historische Chance! Weniger Kinder, aber mehr Erzieher*innen – so könnten wir jetzt für einen besseren Betreuungsschlüssel und einen guten Start für alle Neuköllner Kinder sorgen. Doch CDU und SPD nutzen diese Chance nicht. Statt kleinere Gruppen einzurichten, müssen in Neukölln die ersten Kitas schließen. Das ist bildungspolitischer Wahnsinn! Wir sollten diese historische Chance nutzen und verbindlich im Gesetz kleinere Kitagruppen verankern und so den Betreuungsschlüssel in Kitas klar verbessern.

Auch an Schulen verschärft sich die Situation. Die Neuköllner Schulen ächzen unter dem Personalmangel, dem veralteten System und den immer neuen Kürzungen. Ein sichtbares Zeichen: Neuköllns Schulen verdrecken! Der Bezirk hat 2025

die Tagesreinigung an Neuköllner Schulen abgeschafft. Grundreinigungen in den Ferien finden in Neukölln schon seit Jahren nicht mehr statt. Wer Kindern und Jugendlichen gute Bildung verspricht, darf solche Zustände nicht akzeptieren.

Beim Lehrkräftemangel täuscht die CDU-Bildungssenatorin die Berliner*innen, anstatt Schulen endlich von unnötigen Aufgaben zu entlasten. Sie hat in den letzten zwei Jahren berlinweit über 500 Stellen von Lehrkräften gestrichen und kündigt jetzt medienwirksam die Schaffung von 300 neuen Stellen an. Wer mehr Stellen streicht als schafft, macht keine gute Bildungspolitik, sondern ist Kürzungs-senatorin.

Lehrer*innen erleben nahezu täglich, wie groß das Potenzial vieler junger Menschen ist und wie oft sie von der Politik allein gelassen werden. Nicht die Kinder sind das Problem, sondern ein Bildungssystem, das soziale Ungleichheit zu oft verstärkt statt abbaut. Wir müssen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern zuhören und gemeinsam ein anderes Bildungssystem schaffen, mit gut ausgestatteten Schulen, die mehr Freiräume erhalten, um Schule anders zu machen. Das gilt insbesondere für einige Neuköllner Schulen, die besonders starke Unterstützung brauchen. Sie müssen als »Zukunftsschulen« gezielt und auch personell deutlich gestärkt werden. Gute Bildung darf nicht vom Wohnort oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

kämpft seit Jahren für gerechte und diskriminierungsfreie Bildung in Berlin. Er initiierte 2019 Neuköllns einziges erfolgreiches Bürgerbegehren »Saubere Schulen« und gründete die Berliner Bildungsinitiative »Schule muss anders« sowie das bundesweite Bündnis »Bildungswende JETZT!«. Als bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion Neukölln engagiert er sich gemeinsam mit Betroffenen gegen Kürzungen an Schulen und Jugendeinrichtungen und war bei den #unkürzbar-Protesten aktiv.

Philipp ist 42 Jahre alt und lebt seit über 20 Jahren in Neukölln. Er arbeitete als Lehrer in Kreuzberg und Neukölln und studierte in Berlin, Kairo, Paris, Syrien und Saudi-Arabien. Er ist Direktkandidat im Wahlkreis 2 (Schiller- und Warthe-kiez, Rollberg und Körnerpark, Flughafenkiez und Donaustraße).

Ein Bürgermeister



neuköllnisch: **Ahmed, was muss sich in Neukölln ändern?**

Ahmed: Kaum ein Bezirk hat in den letzten Jahren so hohe Mietsteigerungen erlebt wie Neukölln, und es wird immer schlimmer. So darf es nicht weitergehen. Die Abzocke auf dem Immobilienmarkt ist unverschämt. In der Weißen Siedlung, wo über 4.000 Menschen wohnen, lässt die Adler-Gruppe die Hochhäuser verwahrlosen und verlangt Wuchermieten. Wie die benachbarte High-Deck-Siedlung, die für über 6.000 Menschen ein Zuhause ist, gehört auch die Weiße Siedlung in öffentliche Hand. Die Mieten müssen im gesamten Bezirk sinken. Der Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«, dem eine Mehrheit der Berliner*innen zugestimmt hat, fordert genau das: Die Vergesellschaftung der Berliner Wohnungsbestände

profitorientierter Unternehmen ab 3000 Wohnungen, damit die Mieten bezahlbar werden. Die Linke ist die einzige Partei, die konsequent für die Umsetzung des Volksentscheids eintritt.

Der Berliner Senat hat in den letzten Jahren im ohnehin unterfinanzierten Jugendhilfereich und bei Schulen harte Kürzungen beschlossen. Das geht auf Kosten der Jugendlichen. Mehr als 18 Prozent der Neuköllner Schüler*innen bricht die Schule ohne Abschluss ab, doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Jedes dritte Neuköllner Kind wächst in Armut auf. Das ist eine Katastrophe. Anstelle des Kürzungsdiktats des Berliner Senats brauchen wir weitaus mehr Investitionen im Jugend- und Schulbereich.

Obwohl Neukölln ein großer Industriestandort ist, sind hier mehr als

15 Prozent der Menschen arbeitslos. Um das zu ändern, sollten der Bezirk und das Land für dringend benötigte Aufgaben wie die Reinigung von Schulen oder die Modernisierung von Gebäuden Arbeitsplätze schaffen.

nk: Was nimmst du aus deiner Erfahrung als Anwalt mit in die Politik?

Ahmed: Die Schicksale der Menschen in Neukölln liegen täglich auf meinem Tisch. Ich vertrete Sozialhilfeempfänger, Menschen in prekärer Beschäftigung, alleinerziehende Mütter und viele weitere. Ich weiß, wie schwer es den Menschen gemacht wird, wenn sie es mit dem Jobcenter oder der Ausländerbehörde zu tun haben. Mir ist es daher besonders wichtig, behördliche Ungleichbehandlung und Schikane zu bekämpfen.

für alle Neuköllner*innen

Als Anwalt ist für mich unabdingbar, dass Menschenrechte für alle gelten. Das sollte man gar nicht sagen müssen, aber die letzten Jahre haben auf schmerzhaft Weise gezeigt, dass es nötig ist. Berlin ist die Heimat der größten palästinensischen Diaspora Europas. Und doch sind gerade Palästinenser*innen hier unerträglicher Diskriminierung ausgesetzt. Unsere Proteste werden für kriminell erklärt, unsere Trauer versucht zum Schweigen zu bringen. Der SPD-Bezirksbürgermeister Martin Hikel ist ganz vorne mit dabei. Ohne jegliche Kritik zu äußern, lud er letztes Jahr den israelischen Bürgermeister und engen Netanyahu-Vertrauten Tzvika- Brot nach Neukölln ein. Außerdem arbeitet er mit israelischen Kriegslobbyisten wie dem Verein ELNET zusammen. Diese Unterstützung für die extrem rech-

te israelische Regierung muss sofort aufhören. Ich trete für eine menschenrechtsorientierte Politik an, die Krieg und Genozid benennt und bekämpft.

nk: Wofür willst du dich im Rathaus Neukölln noch einsetzen?

Ahmed: Als Linke werden wir uns gegen jede Kürzung im sozialen Bereich stemmen und gemeinsam mit den Betroffenen Protest auf die Beine stellen. Wir werden zwielichtigen Investoren und Mietspekulanten weiter das Leben schwer machen. Die Zweckentfremdung von Wohnraum, zum Beispiel in der Form von illegalen Ferienwohnungen, muss geahndet werden, ebenso wie Mietwucher. Auf Landesebene setzen wir uns weiter mit aller Kraft für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne ein. Wichtig ist mir außerdem, dass anti-

muslimischer Rassismus als Problem anerkannt wird und ebenso wie andere Formen des Rassismus und Antisemitismus bekämpft wird. Statt rabiaten Razzien in Shishabars und anderen migrantischen Gewerben, die Migrant*innen unter Generalverdacht stellen, brauchen wir gut ausgestattete Gewerbekontrollämter, die alle gleichermaßen kontrollieren.

Ich will ein Bürgermeister für alle Neuköllner*innen sein. Ob Kassiererin oder Paketlieferant, Studierender oder Rentnerin, muslimisch oder jüdisch: Alle sollen hier ein gutes, bezahlbares Leben ohne Existenzängste und ohne Hass führen können.

Die Fragen stellte Jorinde Schulz für neuköllnisch.



**Unsere Kandidierenden sind anders:
Wir begrenzen das Gehalt!**

Während die Politiker*innen der anderen Parteien auf ihren hohen Diäten sitzen, arbeiten unsere Kandidat*innen an einer besseren Zukunft für alle. Sie spenden einen großen Teil ihres Gehaltes. Daraus wird die ehrenamtliche Arbeit und zum Beispiel diese Zeitung finanziert. Wir unterstützen Initiativen und Projekte in Neukölln. In unseren Sozialsprechstunden und Rechtsberatungen helfen wir Menschen, die in Not geraten sind. Solidarität ist unsere Waffe.

AHMED ABED

ist seit 2012 als Rechtsanwalt in Neukölln im Sozial- und Arbeitsrecht tätig. Die sozialen und politischen Rechte von Kulturschaffenden, Künstler*innen, Alleinerziehenden und Neuankömmlingen, von allein-erziehenden Müttern und Geflüchteten, die vor neuen und alten Kriegen geflohen sind, versuche ich zu verteidigen. Daneben möchte ich besonders gegen den grassierenden Rassismus und für eine friedliche Welt streiten. Ahmeds Engagement gegen den Völkermord in Gaza und seine Kandidatur zum Bezirksbürgermeister fand Beachtung auch beim Bundeskanzler: Auf dem CDU-Bundesparteitag im Februar 2026 in Stuttgart bezeichnete Friedrich Merz ihn als „Israelhasser“ und warnte vor seiner Wahl.

Lern Die Linke kennen:

REGELMÄSSIGE TERMINE IN NEUKÖLLN

Basisorganisationen sind die lokalen Gruppen der Linken, ihr Programm gestalten sie selbst. Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit bestimmten Themen. Bei allen Treffen sind Interessierte herzlich willkommen. **Schau vorbei, mach mit!**

BASISORGANISATION REUTERKIEZ

Alle zwei Wochen **Montag, 18.30 Uhr**
Verein Iranischer Flüchtlinge, Reuterstr. 52
Nächste Treffen: 15. Juni, 29. Juni

BASISORGANISATION FELD

Jeden ersten und dritten **Montag** im Monat, **19 Uhr**
Wiese auf dem THF, unterhalb Eingang Herrfurthstr.
Nächste Treffen: 15. Juni, 6. Juli

BASISORGANISATION RIXDORF

Jeden ersten, dritten und fünften
Dienstag im Monat, **19 Uhr**
Geschäftsstelle Die Linke Neukölln, Wipperstr. 6
Nächste Treffen: 16. Juni, 30. Juni

BASISORGANISATION OSTNEUKÖLLN

Jeden zweiten und vierten **Dienstag** im Monat, **19 Uhr**
Geschäftsstelle Die Linke Neukölln, Wipperstr. 6
Nächste Treffen: 9. Juni, 23. Juni

BASISORGANISATION BRITZ

Jeden ersten und dritten **Mittwoch** im Monat, **18.30 Uhr**
Geschäftsstelle Die Linke Neukölln, Wipperstr. 6
Nächste Treffen: 17. Juni, 1. Juli

BASISORGANISATION GROPIUSSTADT

Jeden zweiten und vierten **Mittwoch** im Monat, **19 Uhr**
Geschäftsstelle Die Linke Neukölln, Wipperstr. 6
Nächste Treffen: 10. Juni, 24. Juni

BASISORGANISATION HERMANNSTRASSE

Jeden zweiten und vierten **Mittwoch** im Monat, **19 Uhr**
Schierker Str. 26
Nächste Treffen: 10. Juni, 24. Juni

BASISORGANISATION SONNE(NALLEE)

Jeden ersten und dritten **Mittwoch** im Monat, **19.15 Uhr**
Anzengruberstr. 21
Nächste Treffen: 17. Juni, 1. Juli

BASISORGANISATION KRANOLDKIEZ

Alle zwei Wochen **Donnerstag, 19 Uhr**
Geschäftsstelle Die Linke Neukölln, Wipperstr. 6
Nächste Treffen: 11. Juni, 25. Juni

Es treffen sich außerdem regelmäßig Arbeitsgruppen:
AG Palästina, AG Kampagne, AG Queerfeminismus, AG Kultur & Propaganda
Wir freuen uns, wenn du Lust hast vorbeizukommen.
Schreib uns!



Kiezversammlung mit Ferat!

Vor einem Jahr wurde Ferat Koçak direkt aus Neukölln in den Bundestag gewählt. Ferat hat versprochen, Politik anders zu machen: zuzuhören, erreichbar zu bleiben und Entscheidungen nicht über eure Köpfe der Neuköllner*innen hinweg zu treffen. Deshalb finden regelmäßig Kiezversammlungen statt. Dort will Ferat berichten, was er im Bundestag gemacht hat, zu wichtigen Entscheidungen ein Votum der Neuköllner*innen einholen und Neuköllner Geschichten mitnehmen — damit sie im Bundestag gehört werden. Denn Politik darf nicht von oben gemacht werden. Im April 2026 hat eine Kiezversammlung stattgefunden, die nächste ist schon in Planung.

Soziale Kämpfe



YURTSEVER ÖZDEMİR

ist in Süd-Neukölln aufgewachsen. Britz, Buckow und Gropiusstadt sind sein Kiez. Er kennt soziale Ungleichheit aus eigener Erfahrung als Kind zweier Reinigungskräfte. Mit Beginn seines Studiums wurde er politisch aktiv und hat seitdem über elf Jahre politische Praxis auf Landes- und Bundesebene sammeln können. Er ist seit über acht Jahren als Nachhilfelehrer tätig. Seit über einem Jahr arbeitet er im Bundestagsteam von Ferat Kocak. Als Direktkandidat im **Wahlkreis 4** (Gropiusstadt, Buckow-Nord, nördliches Blumenviertel) will er im Abgeordnetenhaus für Bildungsgerechtigkeit, Antirassismus und echte soziale Teilhabe kämpfen.

Gropiusstadt: Hard Knock Life

Süd-Neukölln ist für viele Freundinnen und Freunde aus meiner Generation symbolisch einfach die Hood, oder kurz: 47 — zurückzuführen auf die alte Postleitzahl für den Süden 1000, Berlin 47. Ein Stück Identität, das viele Menschen über Generationen hinweg verbindet, weil wir die gleichen Kämpfe ausfechten, immer und immer wieder. Und im Zentrum des Kiezes, da liegt Gropiusstadt. Wer das Leben und die Realität der Menschen hier verstehen will, muss sie zuerst eine Weile erleben. Ist man wie ich hier aufgewachsen, merkt man nach all der Zeit zwei Sachen. Erstens, hier aufzuwachsen heißt immer noch sehr oft mit Handicap ins Leben zu starten. Und zweitens, der Berliner Senat hat es in über vier Generationen nicht geschafft, Antworten auf die Probleme der Menschen hier in Süd-Neukölln zu finden. Knapp ein Fünftel des Kiezes sind allein-erziehende Menschen, oft Frauen, die viel zu wenig Lohn erhalten und die Balance finden müssen zwischen steigenden Lebenskosten, Kindererziehung und eigenem

Wir sind bunt und vielfältig, schlau und kreativ, aber Big City Life heißt für uns hier etwas ganz anderes: hart und lange arbeiten — für zu wenig Geld.

Leben. Sich selber müssen sie oft hinten anstellen. Hier leben die Menschen, über die berichtet wurde, dass sie zum Monatsende hungern müssen, damit die Kinder was zu essen haben. Hier zu leben, heißt immer Kompromisse schließen, Opfer bringen und für seine Existenz kämpfen zu müssen. Unsere Hochhäuser reichen teilweise bis in den 31. Stock, wir sind bunt und vielfältig, schlau und kreativ, aber Big City Life heißt für uns hier etwas ganz anderes:

hart und lange arbeiten für zu wenig Geld, fast 40 Prozent der Kinder leben in Armut und egal, in welche Kategorie man noch so schauen will, sind wir immer hintendran. Und das fühlt man, wenn man hier lebt. Immer wieder vergessen werden, obwohl man genauso viel arbeitet und sich die gleichen Träume für die Zukunft seiner Kinder ausmalt wie Menschen anderswo. Wir sind die einsame Rentnerin Erika oder Hüsnüye, denen grade so die Witwenrente zum Leben reicht, wir sind die Bus- und Überfahrer Hassan und Ralf, die Nachtschichten fahren, aber trotzdem am Monatsende nichts überhaben. Wir sind die Jugendlichen aus 47, die versuchen ihren Weg zu finden zwischen Leben im Block, Stress zu Hause und Problemen in der Schule. Wir sind Menschen, die viel zu lange schon von der Politik vergessen wurden, die sich immer für sich selbst einsetzen mussten, weil es sonst niemand tut. Alltagsprobleme hier sind seit Generationen die gleichen. Es ist Zeit, dass sie endlich die Aufmerksamkeit bekommen, die die Menschen hier verdienen.

»Stop Nakba Now!«

Am 15. Mai gedenken wir der Nakba, der Katastrophe, die 1948 begann und seitdem andauert. 78 Jahre Flucht und Vertreibung müssen enden. Die Palästina-solidarität steht an der Seite von Menschen, nicht von Staaten. In Neukölln steht sie an der Seite der größten palästinensischen Community in der Diaspora.

Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt und ermöglichen den Genozid in Gaza. Diese Waffen werden zum großen Teil über den Hamburger Hafen nach Israel verschifft. Folgerichtig fand das »Bridges of Resistance Camp« vom 9.-16. Mai 2026 auf der Hamburger Moorweide statt und erreichte seinen Höhepunkt mit der »Stop Nakba Now!« Demo, zu der bundesweit aufgerufen wurde. An der Organisation waren ca. 30 Gruppen beteiligt, hunderte Menschen besuchten das Camp und seine über 40 Veranstaltungen, die größte davon das Konzert im Rahmen der Demo mit ca. 2.000 Teilnehmenden. Das Camp erhielt täglich Spenden von solidarischen Hamburger*innen und war trotz Regen und Kälte stets von Gemeinschaft geprägt. Zahlreiche Aktivist*innen des BV Neukölln unterstützten das Camp gemeinsam mit den palästinasolidarischen Parteistrukturen auf Landes- und Bundesebene.

Über 750.000 Palästinenser*innen wurden bei der Nakba 1948 aus ihrer Heimat vertrieben. Der Schlüssel ist ein Symbol des Rechts auf Rückkehr in die Häuser, zu denen viele der damals Vertriebenen und ihre Nachfahren heute noch die Schlüssel besitzen. Doch die Nakba hörte niemals auf. 1967 folgte die Naksa (arab. Rückschlag) im sog. Sechs-Tage-Krieg und seitdem die kontinuierliche Fortsetzung der kolonialen Siedlungspolitik Israels. Antiimperialismus steht derzeit auch innerhalb der Linken zur Disposition, dabei ist er in der DNA des Sozialismus verankert und von diesem nicht zu trennen, ohne ihn auszuhöhlen.

Wer nicht in Hamburg sein konnte oder wollte, hatte am 16. Mai auch in Berlin die Gelegenheit sich für ein Ende des israelischen Siedlerkolonialismus in Palästina einzusetzen. Die Linke Neukölln ist Mitglied im Internationalistischen Bündnis Berlin, welches mit eigenem Lauti-Wagen an der Demo beteiligt war. Unsere Genossinnen VEDI Emde (Kandidatin WK 1) und Emmi Stiegler (Kandidatin WK 5) traten mit starken Redebeiträgen auf. Es war eine kraftvolle Demo, die sich der staatlichen Repression widersetzte und dem noch regierenden Bürgermeister zeigte, dass wir uns nicht einschüchtern oder spalten lassen. Die Linke Neukölln steht solidarisch an der Seite aller Demonstrierenden, die ein weiteres Mal massiver Polizeigewalt ausgesetzt waren. Niemand ist frei, bis wir alle frei sind!

AG PALÄSTINA-SOLIDARITÄT

Die Linke Neukölln steht in Berlin für Solidarität mit Palästina und spätestens seit dem »Kiezfest« sind wir auch deutschlandweit bekannt. Als AG nehmen wir den Slogan **„Solidarität muss Praxis werden“** ernst. Wir haben ein Kunst-Fundraising-Event veranstaltet, dessen Erlös an „transaidency e.V.“ gespendet wurde, und waren maßgeblich am Straßenfest zum Zuckerfest beteiligt.

Unseren **Telegram-Infokanal** nutzen wir, um möglichst vielen Menschen Optionen aufzuzeigen, wie sie selbst aktiv werden können:



Du willst aktiv werden? Komm vorbei!

Wir treffen uns **jeden 2. und 4. Montag** im Monat um **19 Uhr** in der Geschäftsstelle.

Gewalt gegen Frauen: Das Unsichtbare sichtbar machen

EMMI STIEGLER

ist Urban Designerin mit Praxiserfahrung an den Schnittstellen zu gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Bevor sie 2017 nach Berlin zog, lebte und arbeitete sie in Großbritannien und den USA. Seit 2024 ist sie Mitglied der Partei Die Linke und seit 2025 stellvertretende Sprecherin der Linken Neukölln. Emmi ist Direktkandidatin im **Wahlkreis 5** (Britz, Buckow) und möchte für Neuköllner*innen für die Dinge kämpfen, die mindestens jeder*m Berliner*in zustehen: ob angemessene Schul- und Jugendfreizeitangebote, ein gutes und breites ÖPNV-Netz, bezahlbare Mieten oder diskriminierungsfreie und antifaschistische Grundhaltungen.

Alle drei Minuten

erlebt in Deutschland ein Mädchen oder eine Frau Gewalt. Diese Zahlen sind bekannt. Doch was ist mit den Tätern dahinter — und dem System, das sie zu solchen macht?

Epstein-Akten zu massenweise Vergehen an jungen Mädchen, sexualisierte Bilder und Deepfakes in Chatgruppen mit tausenden Männern, und Ehemänner, die ihre Frauen betäuben und zur Vergewaltigung verkaufen: Die brutalen Veröffentlichungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Mädchen und Frauen weiterhin an keinem Ort sicher sind — und dass es sich bei dieser Gewalt nicht um ein Naturphänomen, sondern um ein System handelt.

Gewalt an Mädchen und Frauen ist die Folge gesamtgesellschaftlicher Machtstrukturen. Diese führen dazu, dass viel zu viele Männer glauben, sie hätten freie Verfügung über die Körper von Mädchen und Frauen. »Das sind alles private Schicksale und geht niemanden etwas an,« entgegnet manche gerne. Doch Männer werden nicht als Gewalttäter geboren, sie werden zu ihnen gemacht — im Zuge einer langen Eskalationsspirale, auf der individuellen sowie gesellschaftlichen Ebene. Das Private ist eben politisch.

In diesem ganzheitlichen Sinne agiert die Initiative »Männer Gegen Gewalt!«, welche die Kundgebung am 14.05.2026, dem sogenannten Herren- und Vatertag, in Berlin am Brandenburger Tor organisiert hat. Anstatt eines Tages, an dem Männergruppen vor allem durch exzessiven Alkoholkonsum und (sexuelle) Belästigung auffallen, haben sie den Tag als Anlass genommen, sich lautstark und solidarisch an die Seite von FLINTA* zu stellen.

Trotz Regenschauern war die Stimmung resolut, das Publikum eher schon überzeugt von der Notwendigkeit. Auch das Projekt »StoP Neukölln — Nachbarschaft gegen Partnergewalt« war mit einem schön gestalteten Bollerwagen mit Infostand vor Ort. Und doch waren auch Menschen dabei, die sonst nicht regelmäßig an Kundgebungen teilnehmen.

Unter den Redner*innen waren Batal, der die Gewalttätigkeit seines Vaters als Kind zu spüren bekam, und das Feministische Gesundheitszentrum e.V. (FFGZ) — welches aufgrund derzeitiger fehlender Finanzierung in einer Notlage steckt und dementsprechend kein Personal entbehren und »nur« eine Tonaufnahme schicken konnte. Die Botschaft kam doppelt an.

Es war ein notwendiger Anfang, eine klare Stimme gegen trans-, queer-, und frauenfeindliche Gewalt. Nächstes Mal wird die Stimme lauter, die Menge größer und öffentlich auch die Gewalt weniger.

Wir blockieren den Afd-Parteitag!

In Umfragen erfährt die Afd einen deutlichen Zuwachs. In Sachsen-Anhalt liegt sie bei 41 Prozent, eine absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen am 6. September scheint nicht ausgeschlossen. Bundesweit ist sie derzeit stärkste Kraft, und auch in Berlin schiebt sie sich gefährlich nach oben.

Die Afd muss endlich gestoppt werden, bei Wahlen und auf der Straße. Die in Teilen rechtsextreme Partei will am 4. und 5. Juli 2026 in Erfurt einen Bundesparteitag veranstalten – 100 Jahre, nachdem sich im nahegelegenen Weimar die NSDAP gründete. Das antifaschistische Bündnis »Widersetzen« hat sich vorgenommen, den Parteitag der Afd mit mehreren 10.000 Menschen zu blockieren.

Die Afd gibt sich als einzige Opposition zum Establishment und macht Migrant*innen und alle, die nicht in ihr Weltbild passen, zu Sündenböcken einer neoliberalen Politik. Nach jahrzehntelangem Umbau der Gesellschaft grassieren Frustration und Abstiegsängste. Die Wut ist real – über stagnierende Löhne, schlechte Zukunftsperspektiven und eine Politik, die die Kosten von Krise und Krieg nach unten

abwälzt. Diese Leerstelle besetzt die Afd.

Was Afd in politischer Verantwortung bedeutet, kann man schon jetzt in einigen

Städten sehen: Sie versucht, Mittel zu kürzen und dadurch Jugendclubs und Beratungsstellen, schwul-lesbische Projekte und Orte migrantischer Selbstorganisation zu schließen. In der Bildungspolitik will sie Antirassismus-Programme abschaffen, Schul-Lehrpläne politisch nach rechts verschieben und Sozialarbeit an der Schule streichen. In ihrem reaktionären Familien- und Geschlechterbild gehören Frauen an den Herd und queere Selbstbestimmung hat keinen Platz.

Dagegen müssen wir linke Hoffnung organisieren – Menschen aus ihrer Ohnmacht holen und zeigen, dass politische Veränderung möglich ist, wenn wir uns zusammenschließen. Wir brauchen Momente, in denen wir unsere gemeinsame Stärke sichtbar machen.

Ein solcher Moment ist der 04. und 05. Juli in Erfurt.

Die Linke Neukölln ruft dazu auf, am 4. Juli mit nach Erfurt zu fahren, um den Parteitag der Afd zu blockieren.

Schließ dich uns an!

Infos und Anmeldung: widersetzen.org

Neukölln zwischen rechter Gewalt und politischer Instrumentalisierung

SYBILLE BIERMANN

ist seit 15 Jahren in antirassistischen Netzwerken aktiv und war mehrere Jahre in einem Berliner Bezirksamt tätig. Zu ihrem Tätigkeitsfeld gehörten das Wahlrecht für Ausländer*innen, Ausbeutungsstrukturen und Kriminalisierung von Armut. Sie hat Philosophie und Sozialanthropologie studiert. In **Wahlkreis 6** tritt sie als Direktkandidatin an. Im Abgeordnetenhaus will sie sich mit den Themen Rassismus, gesellschaftliche Ausschlüsse und der Arbeit gegen Rechts beschäftigen.

Wenn von Neukölln die Rede ist, ist meist das nördliche Neukölln innerhalb des Rings gemeint. Dabei wird Neukölln gerne als Tatort dargestellt. Während dieser Text entsteht, postet Kai Wegner Selfies von einem Verbundeinsatz in Spätis und Cafés. Wieder müssen Neuköllns Gewerbetreibende für rassistische Rechts- und Ordnungsfantasien herhalten, für Kriminalisierung und Wahlkampf auf Nacken eines ganzen Bezirks, auf Nacken migrantischer Männer. Bilder wie diese wirken in die ganze Republik. Hanau ist überall.

Weniger bekannt ist der sogenannte Neukölln-Komplex. So wird eine seit 2009 andauernde Serie rechten Terrors in Süd-Neukölln und angrenzenden Stadtteilen bezeichnet, verübt von einem Netzwerk von Neonazis aus Afd, NPD und III.-Weg-Mitgliedern. Es wurden bislang über 70 Straftaten zugeordnet, darunter Bedrohungen, Hakenkreuzschmierereien, die Morde an Burak Bektaş und Luke Holland sowie mindestens 27 Brandanschläge gegen solidarische Orte und Antifaschist:innen – darunter auch auf die Wohnadresse unseres Bundestagsabgeordneten Ferat.

Über Jahre blieben tragfähige Ermittlungsergebnisse aus. Rechte Tatmotive wurden abgestritten oder verharmlost. Das

apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.) beschreibt eine Mischung aus verspäteten Ermittlungen, begrenzter Ermittlungsbereitschaft und Selbstentlastung bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz. Daher der Begriff »Neukölln-Komplex«: Die Täter agierten in einem Netzwerk mit Kontakten in Behörden, Politik und Justiz. 2020 wurden zwei Staatsanwälte wegen des Verdachts der Befangenheit aus dem Fall abgezogen. Einer der ursprünglich ermittelnden LKA-Beamten pflegte Kontakt mit einem der später verurteilten Neonazis, ein Polizist gab Informationen weiter, die in Neonazikreisen landeten.

Ohne den Druck der Betroffenen und Verbündeten wäre die Akte wohl längst ergebnislos abgeschlossen worden. Seit 2022 arbeitet ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses an der Beweisaufnahme. Die Aufarbeitung zeigt zwar Fortschritte, macht aber zugleich deutlich, wie tief das Versagen von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz reicht. Die Betroffenen haben das Vertrauen in eine lückenlose Aufklärung, wie so oft, verloren.

Dass Menschen in Süd-Neukölln aufgrund rechter Bedrohungen politische Sichtbarkeit oder Engagement vermeiden, darf nicht zum Normalzustand werden. Umso wichtiger bleibt eine solidarische, antifaschistische Präsenz vor Ort: sichtbar, organisiert und widerständig. **Alerta.**

Jetzt Mitglied werden!



Setz dich mit uns ein für eine soziale Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Gemeinsam können wir viel erreichen.
Und gemeinsam aktiv sein macht auch Spaß.
Schließ dich jetzt an und mach mit!

↑ Einfach den QR Code scannen und das Formular ausfüllen



Die Linke

Neukölln

neuköllnisch

Wipperstraße 6, 12055 Berlin
die-linke-neukoelln.de
T +49 (0)30 6 13 59 19

DIE LINKE. Neukölln
 dielinke.neukoelln
IBAN: DE16 1007 0848 0525 6078 01